

Belehrung über die Bedeutung und die möglichen strafrechtlichen Folgen einer eidesstattlichen Versicherung

Die Fakultät für Biologie der Albert-Ludwigs-Universität verlangt eidesstattliche Versicherungen, um sich u.a. glaubhaft zu versichern, dass der/die Promovend/in

- nicht bereits eine Promotion im Fachbereich Biologie abgeschlossen hat
- nicht gleichzeitig an einer anderen Hochschule im Fachbereich Biologie promoviert
- die wissenschaftlichen Leistungen eigenständig erbracht hat
- die Beiträge anderer in der Doktorarbeit vollständig und korrekt genannt hat
- korrekte und vollständige Angaben im Lebenslauf gemacht hat

Da der Gesetzgeber einer eidesstattlichen Versicherung eine besondere Bedeutung beimisst und sie erhebliche Folgen haben kann, hat der Gesetzgeber die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung unter Strafe gestellt:

- Bei vorsätzlicher (also wissentlicher) Abgabe einer falschen Erklärung droht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe.
- Eine fahrlässige Abgabe (also Abgabe, obwohl Sie hätten erkennen müssen, dass die Erklärung nicht den Tatsachen entspricht) kann eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe nach sich ziehen.

Die entsprechenden Strafvorschriften sind in **§ 156 StGB** (falsche Versicherungen an Eides Statt) und in **§ 161 StGB** (fahrlässiger Falscheid, fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt) wiedergegeben.

§ 156 StGB: Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 161 StGB: Fahrlässiger Falscheid, fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt:

Absatz 1: Wenn eine der in den § 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.

Absatz 2: Strafflosigkeit tritt ein, wenn der Täter die falsche Angabe rechtzeitig berichtigt. Die Vorschriften des § 158 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.